



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

15. Sitzung

Dienstag, 7. Dezember 2010, 18.00 bis 20.10 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Koller Benno

Anwesend 30 Mitglieder

Entschuldigt

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Entschuldigt

Traktanden

- 15.01 Seniorenwohnen mit Betreuung und Pflege Region Gossau; Zwischenbericht; Überweisung an VBK
- 15.02 Voranschläge und Steuerfuss 2011
- 15.03 Neue Vorstösse
- 15.04 Bürgerrechtsgesuche 2010/2

15.01**Seniorenwohnen mit Betreuung und Pflege Region Gossau; Zwischenbericht; Überweisung an VBK**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. November 2010 mit folgenden Anträgen:

1. *Das Stadtparlament und die Gemeinden des Zweckverbandes nehmen zustimmend Kenntnis vom Bericht des Stadtrates.*
2. *Der Stadtrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Verbandsgemeinden das „Seniorenwohnen mit Betreuung und Pflege Region Gossau“ in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft einzubringen und die entsprechenden Erlasse zur Beschlussfassung vorzulegen.*
3. *Der Stadtrat wird ermächtigt, die dafür nötigen Ausgaben zu tätigen.*

Das Präsidium schlägt vor, für das Geschäft eine Vorberatende Kommission einzusetzen. Für die Kommission liegen folgende Vorschläge vor:

FLiG	Alfred Zahner	Präsident
FDP	Hanspeter Fröhlich	Mitglied
SVP	Hans Hälg	Mitglied
SVP	Roland Seiler	Mitglied
CVP	Bruno Damann	Mitglied
CVP	Stefan Lenherr	Mitglied
CVP	Peter Bernhardsgrütter	Mitglied

Beschluss des Stadtparlamentes

Die Vorberatende Kommission wird eingesetzt.

15.02**Voranschläge und Steuerfuss 2011**

Der Voranschlag 2011 ist erstmals in einem integrierten Aufgaben- und Finanzplan dargestellt. Grundlage für den Beschluss des Parlamentes ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 22. September 2010 mit folgenden Anträgen:

1. *Es werden folgende Voranschläge 2011 genehmigt:*
Stadthaushalt (Aufwandüberschuss CHF 2'235'000)
Altersheim Espel (ausgeglichener Voranschlag)
Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 3'577'000)
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2011 werden wie folgt festgelegt:*
Gemeindesteuer 116 % (wie bisher)
Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)

Eintretensdiskussion:

Franziska Geser-Burch, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht:

"Erstmals wird dem Parlament ein Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) aufgelegt. Der Stadtrat Gossau beantragt für das Jahr 2011 ein Budget mit einem Haushaltdefizit von CHF 2.2 Mio. Zum Vergleich, im Voranschlag 2010 wurde mit einem Defizit von 5.25 Mio. Franken gerechnet. Die Stadt Gossau erwartet jedoch im Jahre 2010 ein geringeres Defizit. Der Ausgabenüberschuss dürfte sich bei CHF 2.35 Mio. bewegen. Die GPK

möchte sich vorab bei allen involvierten Personen (städtischer Haushalt, Stadtwerken sowie Altersheim Espel) für die ausführliche Budgetarbeit und die prompte Auskunftserteilung bedanken. Speziellen Dank geht an den Stadtrat und an das Finanzamt mit seinem Leiter, Herr Heinz Loretini. Die Geschäftsprüfungskommission hat den IAFP inkl. Voranschlag 2011 eingehend und kritisch studiert. Fragen der GPK wurden durch den Stadtrat beantwortet und konnten Plausibel dargelegt werden. Bei der Prüfung haben wir uns an die wesentlichen Grundsätze der Verordnung über den Finanzhaushalt gehalten. Die GPK hat den Voranschlag insbesondere auf die Wesentlichkeit, Verständlichkeit und Zuverlässigkeit geprüft und möchte gerne auf verschiedene punktuelle Bemerkungen hinweisen.

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan

Uns liegt nun der definitive Aufgaben- und Finanzplan vor. Der erstellte IAFP wird von der GPK als inhaltlich informativ und qualitativ gut beurteilt. Begrüsst würde, wenn neue Ausgaben besser erkenntlich und erhebliche Abweichungen vermehrt begründet werden. Kleinere Fehler und Lücken sind vorhanden. Aus Sicht des Lesers bedarf es sicherlich ein Aufwand, sich an das neue Instrument zu gewöhnen, denn verschiedene Angaben sind an einem anderen Ort auffindbar oder neu dargestellt worden. Eine Hilfe stellt sicherlich der Kostenverteiler auf die Aufgaben, auch Konkordanztafel genannt, dar. Mit dem IAFP liegen uns nebst dem reinen Zahlenmaterial auch Leistungsumfang, Leistungsziele und Wirkungsziele der einzelnen Ressorts vor. Das Parlament hat die Möglichkeiten über diese Punkte zu diskutieren. Über Ziele können wir jedoch nicht abstimmen. Es besteht lediglich die Möglichkeit auf diese über die Finanzen Einfluss zu nehmen. Das Parlament hat die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung des Stadthaushaltes sowie der Stadtwerke für das Jahr 2011, die Laufende Rechnung 2011 des Altersheim Espel sowie den Steuerplan 2011 zu genehmigen.

Finanzentwicklung

Das Budget 2011 präsentiert sich mit einem Gesamtaufwand von CHF 87'924'000 (Vorjahr rund CHF 92 Mio.) und Erträgen von gesamthaft CHF 85'689'000 (Vorjahr rund CHF 87 Mio.), was einem Haushaltsdefizit wie eingangs erwähnt von CHF 2.23 Mio. entspricht. Gemäss funktionaler Gliederung beansprucht das Ressort Bildung mit rund CHF 32 Mio. den grössten Anteil. Bei der Gliederung Gesundheit ist der Anstieg zum Voranschlag 2010 58%. Dies lässt sich wie folgt erklären. Die neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinde ist in Bearbeitung. Die Auswirkungen sind heute nur ansatzweise absehbar. So hat der St. Galler Kantonsrat vergangene Woche den Gemeindekostenanteil an der Pflegefinanzierung von 20 % auf einen Drittel erhöht. Aufgrund dieses höheren Verteilschlüssels müssen nun die St. Galler Gemeinden höhere Beiträge leisten. Im Gossauer Voranschlag wurde aufgrund des ersten Verteilschlüssels ein Beitrag von CHF 300'000 budgetiert. Die neue voraussichtliche Belastung wird in der Höhe von CHF 500'000 erwartet. Dies bedeutet eine Mehrbelastung von CHF 200'000. Im Gegenzug werden die St. Galler Gemeinden durch den Wegfall der Gemeindebeiträge für Ergänzungsleistungen zur AHV und IV entlastet.

Finanzplan, Kennzahlen und Tendenzen

Ab Seite 143 ff. im IAFP finden wir die Artengliederung. Hier sind sicherlich die Passivzinsen im Auge zu behalten. Der Zinsaufwand vor allem für mittel- und langfristige Schulden beträgt, beim derzeitigen tiefen Zinsniveau, voraussichtlich im Jahre 2011 CHF 1.8 Mio., was rund 5,4 Steuerprozenten entspricht. Der Cashflow ist für die geplanten Investitionen ungenügend. Im Jahre 2011 sind daher weitere Fremdmittelaufnahmen notwendig. Erschreckend ist daher der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt Gossau. Dieser zeigt eine weitere Zunahme der Verschuldung (vergleiche auch die stets wachsende Nettoschuld pro Einwohner). Im Budgetjahr 2011 fällt die Kurve voraussichtlich erstmals unter 100 %. Bereits im kommenden Jahr dürfte der kritische Selbstfinanzierungsgrad von noch knapp 70 Prozenten erreicht werden. Meine Damen und Herren, die Stadt Gossau verschuldet sich laufend und kann die Investitionen nicht mehr aus eigener Hand finanzieren. Dies bedeutet, dass die Investitionen zu hoch oder die Steuererträge zu tief sind. Auf der Ertragsseite sind die Steuererträge die grössten Einnahmequellen. So betrug in der Rechnung 2009 der Steuerertrag CHF 45.8 Mio. Franken, sind im Vorschlag 2011 lediglich noch CHF 41.9 Mio. vorgesehen. Bei den Nachsteuern wird von einem höheren Ertrag als in früheren Voranschlägen ausgegangen. Die juristischen Steuereinnahmen lassen sich schwer prognostizieren. Die derzeitige Wirtschaftssituation lässt sich schwierig einschätzen. Die Stadt Gossau hat sich bei der Budgetierung auf die im Sommer 2010 vorhanden Zahlen des Kantons abgestützt. Wenn jemand die Steuereinnahmen anders einschätzt, kann selbstverständlich in der Detailberatung eine Korrektur anbringen.

Investitionsrechnung

Im städtischen Haushalt sind rund CHF 14.4 Mio. Investitionen vorgesehen. Als grösster Posten schlägt das Feuerwehrgebäude mit einem Anteil im Jahre 2011 von CHF 5 Mio. zu Buche. Im Ressort Verkehr sind rund CHF 3.4 Mio. und in der Bildung mit Schulhaussanierungen CHF 1.4 Mio. Franken vorgesehen. Im Voranschlag 2011 sind keine Auslagen für Wohnen im Alter, Erschliessung von Gewerbe- oder Industriegebiet im Westen oder Osten von Gossau und für eine Neuausrichtung der Volksbibliothek vorgesehen. Für verschiedene Investitionen werden separate Parlamentsvorlagen gemäss Kommentar folgen. Zum Teil können bereits früher gesprochene Kredite nicht ausgelöst werden, da die Projekte nicht realisierbar sind (Beispiel Arneggerbach). Im Jahre 2011 sind im Gegensatz zum Vorjahr auf dem Verwaltungsvermögen keine Zusatzabschreibungen budgetiert. Hingegen ist im spezialfinanzierten Konto Kanäle eine Mio. Franken dafür vorgesehen. Als Desinvestition ist der Verkauf von Boden vorgesehen. Der Buchgewinn wird in der Laufenden Rechnung verbucht.

Stadtwerke

In der Investitionsrechnung 2011 sind Nettoinvestitionen von rund CHF 7.2 Mio. (Vorjahr CHF 9.7 Mio.) vorgesehen. Die Realisierung der Projekte ist stark von Dritten abhängig und kann durch die Stadtwerke nicht alleine bestimmt werden. In der Investitionsrechnung sind keine Ausgaben für die Realisierung des Energiekonzeptes vorgesehen. Die Energievorlieferanten erhöhen für kommendes Jahr die Preise. Der Stadtrat hat daher ab Januar 2011 neue Tarife festgelegt, welche die Erhöhung überwälzen. Die Stadtwerke erwarten 2011 einen Ertragsüberschuss von CHF 3.35 Mio. Aufgrund des Stromversorgungsgesetzes verzichtet der Stadtrat auf die Budgetierung eines Ablieferungsbeitrages der Stadtwerke an den städtischen Haushalt. Im städtischen Haushalt ist eine Gewinnablieferung analog Vorjahr von CHF 2.5 Mio. vorgesehen. Über eine Gewinnverwendung hat das Parlament im Frühjahr 2012 zu bestimmen. Eine Gewinnverbuchung der Rechnung 2011 erfolgt in der Rechnung 2012.

Altersheim Espel

Mit der Einführung der Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 sind die Taxen in Pflege- und Betreuungskosten sowie Heimtaxen aufzuschlüsseln. Diese Festlegung ist nicht ganz einfach, da Erfahrungswerte fehlen. Diese können erste im kommenden Jahr gemacht werden. Die Sofortmassnahmen, welche durch das Parlament genehmigt worden sind werden über die Investitionsrechnung des städtischen Haushaltes verbucht. In der Laufenden Rechnungen sind für den Unterhalt und Reparaturen CHF 190'000 vorgesehen. Ansonsten erwartet der Stadtrat im Jahr 2011 ein ausgeglichenes Budget ohne Reservenbezug. Erlauben Sie mir zum Schluss eine kleine Bemerkung. Anlässlich des letztjährigen Rechnungsabschlusses haben wir Sie darauf hingewiesen, dass eine Gewinnverwendung nicht zu einem Wunschkonzert für Anschaffungen etc. dient. Der IAFP mit Voranschlag, also heute, wäre der bessere Zeitpunkt. Der haushälterische Umgang mit den finanziellen Ressourcen möge man aber im Auge behalten.

Anträge

Aufgrund der gemachten Ausführungen, insbesondere der Kennzahlen und Tendenzen, unserer Prüfung und Gesamtbetrachtung unterbreiten wir Ihnen, geschätzte Damen und Herren, als Geschäftsprüfungskommission grossmehrheitlich folgende Anträge:

1. Eintreten

Die GPK beantragt auf die Voranschläge 2011 einzutreten.

2. Beschlussfassung

- Die Voranschläge für das Jahr 2011 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3'577'000, des Altersheimes Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2'235'000 werden genehmigt.*
- Die Steuersätze für das Jahr 2011 werden wie folgt festgelegt:*

<i>Gemeindesteuer</i>	<i>116 %</i>	<i>(wie bisher)</i>
<i>Grundsteuer</i>	<i>0,6 ‰</i>	<i>(wie bisher)"</i>

Stadtpräsident Alex Brühwiler ist erfreut über die positiven Reaktionen zum IAFP. Der Aufwand für dieses Projekt war gross und hat sich hoffentlich gelohnt. Verbesserungspotenzial wird noch zu nutzen sein. Der Finanzhaushalt ist derzeit noch gesund. Die Zahlen werden sich aber verschlechtern, die Verschuldung wird ansteigen. Er beantragt Eintreten.

Karl Bürki (SP) bedankt sich für den IAFP, welcher spannend zu lesen ist. Es stört ihn, dass die Informatik-Aufwendungen Schule und Stadtverwaltung neu im gleichen Konto abgebildet werden. Die SP ist erfreut über die gute Finanzlage und erachtet den IAFP als richtig und sinnvoll.

Claudia Martin (SVP) bedankt sich für den geleisteten Aufwand. Das budgetierte Defizit kann verkraftet werden. Sie ist froh, dass der Steuerfuss 2010 via Referendum gesenkt wurde. Die Fraktion bleibe beim Thema Steuerfuss am Ball. Die Informationen im IAFP sind bei neuen Aufgaben etwas kurz geraten. Das vom Stadtrat angekündigte Entlastungsprogramm soll umgesetzt werden. Enttäuschend ist, wie kurz die neuen Personalaufwände im Budget aufgeführt sind. Wünschbares muss noch vermehrt von Notwendigem getrennt werden. Sie beantragt Eintreten.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) dankt ebenfalls für das umfangreiche Werk IAFP. Die budgetierten Aufwände und der Aufwandüberschuss sind vertretbar. Mit dem heutigen Steuerfuss können keine grossen Investitionen mehr getätigt werden, ohne eine grosse Verschuldung. Die Fraktion steht hinter der geplanten personellen Aufstockung der Verwaltung. Die Optimierung der Verwaltungsstrukturen wird grossen Nutzen bringen. Sie beantragt Eintreten.

Hanspeter Fröhlich (FDP) dankt den Verfassern des IAFP. Eine erhebliche Verschlechterung ist der Kommentar zur Laufenden Rechnung. Hier entsteht eine Intransparenz. Erneut wird ein Defizit prognostiziert. Die Fraktion beantragt die Beibehaltung des Steuerfusses, im Hinblick auf die steigende Verschuldung. Grosse Aufgaben wie das Seniorenwohnen oder Bauland-Erschliessung stehen noch an. Die FDP beantragt Eintreten.

Markus Mauchle (CVP) dankt für die umfangreiche Arbeit. Die finanzpolitische Zukunft wird Massnahmen erfordern. Eine Überschuldung ist absehbar, wenn keine Korrektur erfolgt. Die Verwendung des Ertragsüberschusses der Stadtwerke sollte deklariert werden. Die CVP ist für Eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler will nicht Informationen verstecken. Die Kosten sind die Folgen der Aufgaben. Für Fragen stand der Stadtpräsident den Fraktionen zur Verfügung. Das Fremdkapital wird Ende 2010 bei rund 48 Mio. Franken liegen. Das Verschieben von Schulden auf die nächste Generation ist nicht der richtige Weg.

Detailberatung IAFP

Zu Einleitung / Planungsgrundlagen / Finanzpolitische Ziele

Claudia Martin (SVP) erinnert an die Vorlage zur Reduktion der Mitglieder des Stadtrates 2007. Nun soll die Verwaltung mit vermehrten Ressourcen ausgestattet werden (Seite 11). Die Fraktion ist mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Die neue Behördenorganisation wurde seinerzeit als kostenneutral bezeichnet. Eine Beschreibung der neuen Stelle fehlt bisher. Die einschneidende Veränderung der Stadtverwaltung muss eingehend begründet werden. Der Stadtpräsident ist Leiter der Verwaltung und soll sich um die Führung der eigenen Stadt kümmern und muss nicht in der Agglomeration omnipräsent sein. Auch im Hochbauamt wird kein Ressortsekretär benötigt, sondern eine Fachkraft. Sie wird die Streichungsanträge an den geeigneten Positionen stellen.

Zu A1 Inneres Finanzen Kultur

Keine Wortmeldungen

Zu A2 Bildung Sport

Alfred Zahner (FLiG) zu 2050 Fördernde Massnahmen: Für die Begabtenförderung wird zu wenig investiert. In Aufgabe 2040 Oberstufe sollte die Punktzahl für die Sekundarschule erhöht werden, z.B auf 650 Punkte. Es sollen mehr Mittel in die Begabtenförderung fliessen. Er wird an der geeigneten Stelle einen Antrag stellen

Schulpräsident Urs Blaser orientiert, dass die Fördermassnahmen gemäss Volksschulgesetz sich wesentlich an leistungsschwache Kinder richten, weniger an Hochbegabte. Die Stadt Gossau erfüllt die Vorgaben des Gesetzes.

Zu A3 Bau Umwelt Verkehr

Felix Koller (FDP) zu 3040 Finanzliegenschaften: Die Stadt sollte nicht benötigte Liegenschaften verkaufen, aufgrund der heute günstigen Lage auf dem Immobilienmarkt. Im Vordergrund stehen die Liegenschaft Sportstrasse, der Landwirtschaftsbetrieb Espel. Er stellt folgenden Antrag:

Nicht rentierende Immobilien ohne strategischen Nutzen sind gewinnbringend zu veräussern.

Stadtrat Alex Brühwiler: Es gibt wichtige und unwichtige Liegenschaften. Es müssen teilweise Liegenschaften im Finanzvermögen gehalten werden, welche nicht rentieren. Er nimmt das Anliegen entgegen.

Abstimmung über Antrag Felix Koller:

Mehrheitlich Zustimmung.

Zu A4 Versorgung Sicherheit

Keine Wortmeldungen

Zu A5 Jugend Alter Soziales

Keine Wortmeldungen

Zu Stadthaushalt Investitionsrechnung 2011

Franziska Geser-Burch, Präsidentin der GPK, verweist auf die Reserve für den Bau von öffentlichen Spiel- und Parkplätzen. Die Reserve beträgt zurzeit CHF 287'744.46. Verfügbar sind rund CHF 200'000. Für 2011 ist gemäss Investitionsbudget ein Kinderspielplatz im Zentrum von CHF 50'000 (netto) und ein Parkplatz im Gebiet Fenn-Geissberg von CHF 140'000 veranschlagt. Die GPK hat bereits in einem früheren Zeitpunkt gegenüber dem Stadtrat darauf hingewiesen, dass diese Reserve nach Möglichkeit angetastet werden sollte. Die GPK erachtet es im Voranschlag 2011 als richtigen Zeitpunkt und stellt folgende Anträge:

Konto 1330 Kinderspielplatz, Zentrum - CHF 50'000 Bezug aus Reserve 1.202903 Ersatzabgabe Erstellung Kinderspiel- und Autoabstellplätze

Konto 1623 Parkplätze Fenn-Geissberg - CHF 140'000 Bezug aus Reserve 1.202903 Ersatzabgabe Erstellung Kinderspiel- und Autoabstellplätze

Abstimmung Antrag 1

Einstimmig angenommen.

Abstimmung Antrag 2

Einstimmig angenommen.

Zu Stadthaushalt Laufende Rechnung 2011

Zu Konto 1040.3011 Löhne Allgemeine Verwaltung

Felix Koller (FDP) weist auf die Steuersenkung 2010 hin, welche als Zeichen für Sparsamkeit zu deuten ist. Dennoch soll im Konto 1040.3011 Löhne und Sozialausgaben zwischen 2009 und 2011 der Aufwand um 8 % zulegen. Der Wille zur Sparsamkeit ist nicht erkennbar. Im Hinblick auf das budgetierte Defizit ist die Stelle der Verwaltungsleitung nicht gerechtfertigt. Falls tatsächlich eine neue Stelle geschaffen werden soll, ist das Volk zu befragen, oder die Reorganisation budgetneutral auszugestalten. Er stellt folgenden Antrag:

Das Wachstum des Kontos 1040.3011 ist zwischen 2009 und 2011 auf maximal 3 % zu beschränken. Das neue Ausgabenpotenzial pro 2011 beträgt neu CHF 2'700'000 statt der budgetierten CHF 2'850'000.

Claudia Martin (SVP) stellt zum gleichen Konto folgenden Antrag:

Der Betrag für die Stelle eines Verwaltungsleiters (gemäss Beschreibung IAFP Seite 11, Planungsgrundlage 6, Stellenentwicklung und Personalaufwand) ist zu streichen.

Zu Konto 1041.3011 Löhne Hochbauamt

Claudia Martin (SVP) stellt folgenden Antrag:

Der Betrag für die 50%-Stelle Ressortsekretär im Hochbauamt (gemäss Beschreibung IAFP Seite 11, Planungsgrundlage 6, Stellenentwicklung und Personalaufwand) ist zu streichen.

Zu Konto 1041.3011 Löhne Tiefbauamt

Claudia Martin (SVP) stellt folgenden Antrag:

Der Betrag für die 50%-Stelle Ressortsekretär im Tiefbauamt (gemäss Beschreibung IAFP Seite 11, Planungsgrundlage 6, Stellenentwicklung und Personalaufwand) ist zu streichen.

Zu Konto 1040.3011 Löhne Allgemeine Verwaltung

Zu Konto 1041.3011 Löhne Hochbauamt

Zu Konto 1043.3011 Löhne Tiefbauamt

Markus Mauchle (CVP) stellt die Notwendigkeit von qualifizierten Personen nicht in Frage. Für eine neue Verwaltungsführungsstelle müssten ein Organigramm und eine Stellenbeschreibung vorliegen, welche Übersicht über die neue Stelle schafft. Dass eine zusätzliche Stelle geschaffen werden soll, ist der CVP bewusst. Auch die Stelle im Tiefbauamt ist dürftig umschrieben. Projekte können extern vergeben werden, und eine Fachkraft kann administrative Arbeiten erledigen. Er stellt folgende Anträge:

Antrag 1

Unter diesen Gesichtspunkten beantragen wir, den Betrag zum jetzigen Zeitpunkt von CHF 100'000 inkl. 20 % Sozialleistungen im Konto 1040.3011 zu streichen.

Antrag 2

Der Betrag von CHF 165'000 inkl. 20 % Sozialleistungen zu je 50 % in den Konten 1041.3011 und 1043.3011 wird gestrichen.

Stefan Harder (FLiG) sieht den Volkswillen nicht beim Sparen, sondern beim weniger Steuern zahlen. Er vertraut dem Stadtrat, dass der Verwaltungsleiter ein tauglicher Lösungsansatz wäre. Zusätzliche Ressourcen scheinen nötig, in Anbetracht der Belastung der Amtsleitungen. Der Nutzen wird höher sein als die Mehrausgabe.

Hanspeter Fröhlich (FDP) vermisst eine frühe Information zur geplanten Stelle des Verwaltungsleiters. Wenn etwas Neues installiert wird, sollte dies vorbereitet und kommuniziert werden. Im jetzigen Zeitpunkt möchte er nicht auf diese Position eintreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert, dass sich Gossau in den letzten 10 Jahren um 1'000 Personen vergrössert hat. Der Kernaufwand ist in dieser Zeit um 6 % gestiegen, die Teuerung betrug in dieser Zeit 7%. Neue Aufgaben für die Region wurden übernommen (Amt für Sicherheit, Regionales Zivilstandsamt). Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich mit anderen Gemeinden bescheiden. Die Aufgaben und damit der Personalaufwand werden grösser (Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit, neues OZ Buechenwald). Für die geplante Stelle der Verwaltungsleitung hat der Stadtrat einen Projektauftrag erstellt, welcher die Ziele dieser Stelle enthält. Die Mitglieder des Rates sollen sich auf die Kernaufgaben beschränken. Es kann nicht der Weg sein, dass dem Stadtparlament Stellenbeschreibungen vorgelegt werden. Eine angemessene Erhöhung der Personalkapazitäten ist angebracht.

Bereinigung der Anträge 1040.3011

Die Anträge der SVP, der FDP und der CVP zur Kreditposition Verwaltungsleitung (Konto 1040.3011) sind inhaltlich identisch. Die Fraktionen sind einverstanden, dass über die Anträge gesamthaft abgestimmt wird.

Abstimmung über die ablehnenden Anträge CVP/SVP/FDP zu Konto 1040.3011 Löhne Allgemeine Verwaltung

Die Kreditposition für die Stelle Verwaltungsleiter wird gestrichen mit 21 Ja zu 9 Nein.

Bereinigung der Anträge 1041.3011 Löhne Hochbauamt und 1043.3011 Löhne Tiefbauamt

Die Anträge der SVP und der CVP sind inhaltlich identisch. Die Fraktionen sind einverstanden, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt wird.

Stadtpräsident Alex Brühwiler weist darauf hin, dass der Stadtrat 2 neue Stellen ins Budget aufgenommen hat. Er schlägt vor, dass die für Hochbau/Tiefbau vorgesehene Stelle erhalten bleibt, aber nicht klar zugeordnet wird. Die Ressourcen sind am Anschlag, die nötigen Personalkapazitäten fehlen heute. Die Personalkonten 1042 und 1043 sollen belassen bleiben.

Der Parlamentspräsident leitet eine Kurzpause ein.

Stadtpräsident Alex Brühwiler will nicht die Stadtverwaltung aufblähen. Der Stadtrat akzeptiert den Entscheid, dass kein Verwaltungsleiter eingesetzt wird. Die für Hoch- und Tiefbau vorgesehene Stelle soll erhalten bleiben, indessen der Stadtkanzlei zugeordnet werden (Kontogruppe 1040).

Claudia Martin (SVP) ist damit einverstanden, sie zieht die Anträge auf Streichung der Kreditpositionen in Konto 1041.3011 und 1043.3011 zurück.

Markus Mauchle (CVP) unterstützt die Haltung des Stadtrates. Der Antrag auf Streichung der Kreditposition in Konto 1041.3011 und 1043.3011 ist zurückgezogen.

Felix Koller (FDP) unterstützt das vom Stadtpräsident vorgeschlagene Vorgehen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler stellt fest, dass die Stelle nun im Konto 1040 statt in den Konti 1041 und 1043 budgetiert wird.

Anmerkung des Protokollführers

Mit diesem Vorgehen ergeben sich folgende Änderungen im Voranschlag:

Konto 1040.3011 Minderausgabe CHF 80'000 (Stelle Verwaltungsleiter)

Konto 1040.3011 Mehrausgabe CHF 140'000 (Verschobene Stelle aus Hochbau / Tiefbau)

Konto 1041.3011 Minderausgabe CHF 70'000 (Stelle in Stadtkanzlei verschoben)

Konto 1043.3011 Minderausgabe CHF 70'000 (Stelle in Stadtkanzlei verschoben)

Zu Konto 12151.3014

Alfred Zahler (FLiG) beantragt:

Für die Begabtenförderung werden zusätzlich 50'000 aufgewendet.

Beschluss

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt

Schlussabstimmung

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderungen beschliesst das Stadtparlament:

Den Anträgen 1 und 2 des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

Austritt aus Parlament Claudia Meier-Uffer

Präsident Benno Koller verliest das Austrittsschreiben von Claudia Meier-Uffer, welche auf Ende 2010 aus dem Parlament zurücktreten wird. Vizepräsident Stefan Harder dankt der Zurücktretenden für ihren grossen Einsatz in den vergangenen 10 Jahren.

15.03**Neue Vorstösse**

Interpellation Florian Kobler (SP) "Massnahmen gegen wegfallende Zugshalte in Arnegg"

15.04**Bürgerrechtsbestätigungen**

Grundlage ist der Bericht und der zustimmende Antrag des Einbürgerungsrates vom 12. Oktober 2010. Die parlamentarische Bürgerrechtskommission hat am 26. November 2010 dazu folgenden Antrag formuliert:

Auf das Geschäft wird eingetreten. Über die Gesuche wird einzeln abgestimmt.

Hanspeter Fröhlich (FDP), Präsident der parlamentarischen Bürgerrechtskommission, stellt den Antrag, über dieses Geschäft sei unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten und zu entscheiden. Nach Art. 29 Geschäftsreglement kann die Öffentlichkeit aus wichtigen öffentlichen oder schutzwürdigen privaten Gründen ausgeschlossen werden. Die Diskussion darüber findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Es gibt keine Einwendungen seitens des Parlaments. Der Präsident lädt die Zuschauer ein, den Saal zu verlassen. Die Diskussion und Beschlussfassung zu diesem Geschäft finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Protokoll wird nicht veröffentlicht.

Der Präsident



Benno Koller

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 13. Dezember 2010 genehmigt.